

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringelohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Taubacher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — Verlag in Leipzig,
 Taubacher Straße 19/21 — **Telefon 4506**

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleiste oder deren Raum 1.00 Mk., bei Blauverdrück 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelleiste 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
 Schluss der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Das neue Kabinett Dr. Wirths.

Das neue Kabinett setzt sich wie folgt zusammen:
 Reichskanzler und Außenminister: Dr. Wirth (Ztr.),
 Vizekanzler und Schatzminister: Bauer (Soz.),
 Innerer: Dr. Wolff Kästner (Soz.),
 Wehrminister: Dr. Gessler (Dem.),
 Wirtschaftsminister: Robert Schmidt (Soz.),
 Ernährungsminister und gleichzeitig vorläufiger Reichsfinanzminister: Dr. Hermes (Ztr.),
 Postminister: Giesberts (Ztr.),
 Arbeitsminister: Dr. H. Brauns (Ztr.),
 Verkehrsminister: Groener (den Demokraten nahestehend),
 Justizminister: Dr. Rabbruch (Soz.).

Eine Aktion des Generals Seekt?

Die Reichswehr ernannt sich ihren Minister selbst.
 Berlin, 27. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Wie glaubwürdig versichert wird, ist gestern der General Seekt mit anderen Reichswehroffizieren bei dem Präsidenten Ebert erschienen, um auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die ein Rücktritt Gesslers und gar seine Erziehung durch einen links gerichteten Politiker bedeute, die Reichswehr werde einen solchen Wechsel wahrscheinlich nicht ruhig ertragen können. Infolgedessen bewog Ebert Herrn Gessler zum Weichen. Auf der Kandidatenliste zum neuen Kabinett, auf der der rechtssozialistische Abgeordnete Kästner als Wehrminister stand, während Otto Braun Minister des Innern werden sollte, wurde daraufhin eine Umgruppierung vorgenommen. Kästner wurde Minister des Innern und Braun, gegen den sich gewisse Widerstände von Seiten des Zentrums geltend gemacht haben, fiel ganz aus.

Die Berliner Presse zum Kabinett Wirth.

Berlin, 27. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Zu der Zusammenlegung des neuen Kabinetts Wirth schreibt die Freiheit: Es sei bedauerlich, daß Dr. Rathenau, der ausdrücklich nur wegen seiner sachlichen Eignung und nicht wegen seiner nominellen Zugehörigkeit zur demokratischen Partei in das frühere Kabinett berufen worden war, sich durch eine falsche und unangebrachte Solidarität veranlaßt gesehen habe, sein Ministerium nicht weiterzuführen. Dr. Rathenau habe eine schwere und verantwortungsvolle Aufgabe übernommen und es gehe nicht an, sie mitten im Werk im Stiche zu lassen. Bei dem Ministerium der Finanzen handle es sich nicht nur um den Mann, sondern um das Programm. Es sei die wichtigste Frage unserer inneren Politik und es werde die Aufgabe der Arbeiterklasse sein, mit allem Nachdruck einzugreifen, um endlich eine gründliche und den Interessen der Arbeiterklasse entsprechende Lösung zu erreichen. Ein Gewinn sei der neue Justizminister Rabbruch. Es sei zu hoffen, daß er die dringend notwendige Justizreform wahrhaft fördern werde. Für Dr. Kästner, der Dr. Gradnauer ersetzen sollte, sei es ein Leichtes, ihn zu übertreffen, denn die gerade in diesem Ministerium so dringende Reformarbeit sei von Gradnauer nicht geleistet worden. Das Gepräge erhalte aber die Regierung von Dr. Wirth. Die Erklärung, die er im Reichstag vorgetragen hat, gab der großen Erregung über den Verlust Oberschlesiens starken Ausdruck. Manches, was er sagte, schreibt die Freiheit, entspricht nicht unserer Auffassung und Genosse Breitscheid hat dies auch betont. Aber wichtiger als einzelne Wendungen ist für uns die Tat. Dr. Wirth wird den Kommissar ernennen und die Verhandlungen mit den Polen führen. Entscheidend ist für uns auch, daß Wirth die Notwendigkeit der Politik der Erfüllung, des Wiederaufbaues und der Beseitigung des Mißtrauens aufs neue proklamiert hat und dieser Politik, die von uns immer vertreten worden ist, haben wir unsere Billigung ausgesprochen.

Der Vorwärts teilt mit, daß der für das Finanzministerium vorgeschlagene Wilhelm Keil trotz lebhaften Drängens auch aus der Mitte der Fraktion sich aus schwerwiegenden sachlichen Gründen weigerte, das Amt anzunehmen. Deshalb mußte in der letzten Minute zu einer einstweiligen Lösung gegriffen werden und so wurde Dr. Hermes mit der Verwaltung der Reichsfinanzen betraut, ein sicherlich wenig befriedigendes, aber, wie schon gesagt, nur einstweiliger Ausweg. Das Blatt glaubt, daß Rathenau den Ausgang der Pariser Kammerdebatte abwarten wolle, was man von ihm als Unterzeichner des Wiesbadener Abkommens durchaus begreifen könne. Der Ernennung Gesslers zum Reichswehrminister habe die Fraktion nicht mit leichtem Herzen zugestimmt.

Das Berliner Tageblatt ist ziemlich kleinlaut. In der Rede des Reichskanzlers sei nichts, was nicht auch die Demokraten und die Deutsche Volkspartei hätten mitmachen können und nichts, was diejenigen ablehnen müßten, denen in der ober-schlesischen Frage eine entschiedene Politik des Nichtverzichts notwendig erscheint. Das neue Ministerium Wirth sei aber nur ein Notministerium auf schmalen Brettern. Und die Umstände, unter denen das Brett schmaler geworden sei, könnten nicht vertrauensvoll stimmen.

Die Germania sagt, der Reichstag habe sich gestern mit großer und erfreulicher Mehrheit hinter die neue Regierung gestellt und damit ihre Haltung zu der selben gemacht. Die formell koalitionslose Regierung könne sich auf die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes verlassen und habe damit den Boden für die Durchführung ihres Programms. Man könne nur hoffen und wünschen, daß die von ihr bewiesene Tatkraft auch der Gesamtheit unserer Politik zugute kommen möge, daß die berufenen Parteien sich zu ihr in der Erkenntnis hielten, daß nur eine klare politische Linie uns, wenn auch langsam, aus dem Elend der Nachkriegszeit herauszuführen vermag.

Der Lokalanzeiger meint, das neue Kabinett sei der Wille des alten Kabinetts. An Stelle der alten Regierung der Erfüllung siehe eine neue Regierung der Erfüllung, an Stelle des alten Kabinetts der Jaager ein neues Kabinett der Jaager und die gestrige Reichstagsführung sei ein Wille jener Sitzungen, in denen einer die deutsche Führung den Zwangsfrieden von Versailles guthieß, in deren anderer der deutsche Reichstag das Londoner Abkommen des Feindbundes annahm. Alles wie sonst, alles gleich niederdrückend, wie wir es schon des Öfteren erleben mußten. Jedoch, blegt sich nicht in dem Alten, dem Niederdrückenden, in all dem Schmählichen der Reim einer neuen, einer besseren Zukunft? O, daß man hoffen dürfe! Im übrigen weist auch der Lokalanzeiger auf den Widerstand der Stellung der Demokraten hin.

In der Bossischen Zeitung steht sich Bernhardi mit den Demokraten auseinander, weil sie Dr. Rathenau nicht gefallenen, in das Kabinett eingetreten. Er sagt, es konnte den demokratischen Abgeordneten keinen Augenblick zweifelhaft sein, welche Schwächung der internationalen Stellung des Kabinetts es bedeuten müßte, wenn gerade Rathenau auf der Ministerliste fehlte. Rathenau war zwar Mitglied der demokratischen Partei, aber er sei nicht als Parteimitglied, sondern lediglich auf die Initiative des Reichskanzlers in die frühere Regierung eingetreten. Es gehöre schon eine starke Dosis von Vergeßlichkeit dazu, jetzt plötzlich denselben Dr. Rathenau als Parteimitglied zu reklamieren, den man bis vor kurzem in der vordersten Linie gelassen hatte. Dieses Verhalten der Fraktion sei um so bedauerlicher, als Rathenau dadurch in den Verdacht der Untreue gegen Dr. Wirth gelangen könnte.

Zu den Verhandlungen über Oberschlesien.

Berlin, 27. Oktober (TL.) Das Kabinett wird am Donnerstag den Reichskommissar für die Unterhandlungen über Oberschlesien ernennen und ihn am Nachmittag den alliierten Regierungen namentlich nennen. — Wie die „Zelunion“ erfährt, haben die ober-schlesischen Industriellen als Vertreter für die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen den Grafen Wilke, Kammerpräsident von Kletfeld und Staatsminister a. D. von Naumer in Vorschlag gebracht.

Oppeln, 27. Oktober. (TL.) Die in der Presse teilweise verbreitete Meldung, daß bereits am Montag die zur Führung der ober-schlesischen Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und Polen bestimmte polnische Delegation in Oppeln eingetroffen sei, entspricht nicht den Tatsachen. Es handelt sich bei der in Oppeln anwesenden Kommission um Mitglieder der deutsch-polnischen Grenzregulierungskommission. General Dupont, der Vorsitzende der deutsch-polnischen Grenzregulierungskommission, befindet sich in Katowitz. Der polnische Delegierte in der Grenzregulierungskommission ist Graf Sece mbek aus Polen.

Korjantj wieder an der Arbeit.

Warschau, 26. Oktober. In der Sejmkommission für auswärtige Angelegenheiten dokumentierte Korjantj sein Wiedererscheinen auf der politischen Bühne in einer längeren Rede zu der Entscheidung über Oberschlesien. Er rühmte die Verdienste der Instruktion, verlangte ein Eintreten für die 700 000 Polen, die auf deutschem Gebiete blieben, und forderte alle Anstrengungen, um die Geltungsdauer der Wirtschaftskontrolle abzukürzen.

Polens Dank an Frankreich.

Paris, 26. Oktober. Der polnische Gesandte bestättigte heute vormittag dem Ministerpräsidenten Briand, daß seine Regierung die Entscheidung der Alliierten über Oberschlesien angenommen habe und drückte, Havas zufolge, den Dank der polnischen Regierung aus, daß Frankreich bei dieser Gelegenheit Polen seine wohlwollende Unterstützung gewährt habe.

Schwindelnachrichten aus Oberschlesien.

Katowitz, 26. Oktober. (WLB.) In verschiedenen Zeitungen wurde gemeldet, daß am Montag bereits 12 000 Flüchtlinge aus dem Abstimmungsgebiet in dem nicht besetzten Schlesien eingetroffen seien. Diese Nachricht ist vollkommen falsch. Sie erklärt sich dadurch, daß aus der Putschzeit her noch eine Anzahl Flüchtlinge sich in Niederschlesien aufhält, von denen aber täglich eine große Zahl zu ihren früheren Wohnsitzen in Oberschlesien zurückkehrt. Nach Bekanntwerden der Entscheidung sind neue Flüchtlinge in nennenswerter Menge nicht eingetroffen. Nur aus Königs-hütte sind mehrere deutsch-Gestante geflüchtet, und zwar auf Grund einer in der Presse verbreiteten Nachricht, daß die deutsche Apo-sau Königs-hütte abgezogen sei. Auch diese Nachricht ist falsch.

Belastungsproben.

Das jetzige Ministerium ist unter dem halben Dutzend Regierungen seit der Revolution eine ganz neuartige Erscheinung. Bis her einigten sich die Parteien auf eine gewisse Basis, die als Grundlage jeder neu zu bildenden Regierung zu dienen hatte. Durch die Wetterfahnenpolitik der Demokraten haben sich diesmal die Parteien als solche ausgeschlossen, so daß der Reichspräsident Dr. Wirth in letzter Stunde beauftragte, eine Regierung zu bilden, deren Vertreter nicht als Beauftragte ihrer Partei, sondern nur in ihrer Person Mitglieder der neuen Regierung sind. Dr. Wirth muß daher von Fall zu Fall um eine Mehrheit im Reichstage kämpfen, was einestheils als ein Nachteil für den neuen Kanzler, andererseits aber als ein Gewinn zu betrachten ist, da damit Dr. Wirth eine größere Bewegungsfreiheit bekommt, die nicht immer durch die Fesseln der Parteien eingeengt wird. Trotzdem werden natürlich weder die sozialdemokratischen Mitglieder noch die des Zentrums Politik auf eigene Faust treiben können, sie werden sich immer ihrer Parteizugehörigkeit und den daraus erfließenden Pflichten zu erinnern haben. Immerhin aber sind die Demokraten offiziell ausgeschlossen und damit ist das eigentlich ruhelose Element in der Gestaltung der bisherigen Kabinette in Deutschland ausgeschaltet worden. Solange sich Dr. Wirth in der Richtung seiner bisherigen Politik bewegt, d. h. solange seine Haltung gegenüber rechts eine feste ist, wird unsre Partei dieser Kurs der neuen Regierung folgen. Freilich wird schon in den nächsten Tagen die neue Regierung eine schwere Belastungsprobe auszuhalten haben, indem nunmehr endlich nicht nur die Fragen der Erfüllung der Diskussion stehen, sondern da nunmehr endlich die Frage, wie die Verteilung der Lasten vor sich gehen soll, ihrer definitiven Entscheidung entgegensteht. Die Rechtssozialisten haben als der eine Partner der Regierung in Görlich beschloffen, daß unter allen Umständen auf die Besteuerung der Sachwerte hingewirkt werden müsse. Inwieweit das Zentrum einer Besteuerung der Sachwerte zugänglich sein wird, ist heute noch nicht zu erkennen. Die Spitz der Zentrumspartei schwärzt sich über die auch für den Zentrum-arbeiter nicht unwichtige Frage geheimnisvoll aus. In seiner Antrittsrede hat sich Wirth über dieses wichtigste wirtschaftliche Problem der nächsten Wochen nicht geäußert. Verdächtig aber ist die Meldung des Vorwärts, der Steuerfachmann der rechtssozialistischen Partei, Keil, habe sich trotz allen Drängens seiner Parteigenossen geweigert, den Posten des Reichsfinanzministers zu übernehmen. Keil steht durchaus nicht im Geruch eines besonderen Radikalismus. Immerhin aber hat er gewarnt und in Görlich mit aller Entschiedenheit die Besteuerung der Sachwerte gefordert. Es scheint daher nicht ausgeschlossen zu sein, als wenn der Skeptizismus Keils auf die Unmöglichkeit zurückzuführen wäre, die Steuerfragen in seinem Sinne lösen zu können. Es wird Aufgabe der gesamten deutschen Arbeiterklasse sein, dieser Frage alle Aufmerksamkeit zu widmen, um das Kabinett Wirth, wie es schon einmal gelungen war, anlässlich der Morbaffäre Erzbergers nach links zu drängen. Freilich ist dabei nicht zu verkennen, daß die Zentrums-Privatkapitalisten aus ihrer Haut ebensowenig herauszukommen vermögen, als die Demokraten oder gar die Leute um Sinnes.

Neuerdings wird gemeldet, daß das Verbleiben Dr. Gesslers im zweiten Kabinett Wirth nicht lediglich auf einen besondern Urlaubsschein der demokratischen Partei hin zustande gekommen sei. Der General Seekt vielmehr sei mit einigen Reichswehroffizieren bei dem Reichspräsidenten erschienen und habe ihm nahegelegt, daß die Reichswehr einen linksgerichteten Reichswehrminister nicht ertragen werde. Es scheint, als wenn die Prätorianer in der Reichswehr beanspruchten, ihre Posten je nach eigenem Gutdünken besetzen zu wollen, sie glauben eine Sonderstellung einnehmen zu müssen und werden eines schönen Tages mit der Forderung kommen, daß die Regierung überhaupt nach ihren Gesichtspunkten und nach ihren Interessen zusammenge-seht werde. Das ist die dauernde Gefahr, in der wir uns in Deutschland befinden und die uns der würdige Sozialdemokrat Noske befeuerte. Schon bei früheren derartigen Fragen hat die Reichswehr ihre Forderungen geltend gemacht, wir erinnern an die Vorgänge anlässlich der Unterzeichnung des Versailler Vertrags, wir erinnern daran, daß Noske durch seine Prätorianer die feste Stütze erhielt. Die Lüttwih und Ehrhardt brauchten ihren Posten, weil er vertrauensselig genug war, ihre geheimen Pläne nicht zu entdecken. Ob es mit Dr. Gessler, dem jetzigen Aus-erwählten der Prätorianer, eine ähnliche Bewandnis hat, werden die kommenden Zeiten zeigen. Die deutsche Arbeiterklasse wird gegen eine derartige Haltung der Reichswehrkamarilla mit aller Entschiedenheit Protest einlegen müssen, um so mehr als etwa zur gleichen Stunde, in der die neue Regierung gebildet wird, die monarchistischen Wörderbänden in München ein neues Attentat verüben. Wir wissen, daß die Prätorianer Noskes ihre Hand bei diesen Wörderbänden im Spiele haben und haben daher alle Veranlassung, dahin zu wirken, daß die Prätorianer Gesslers mit ihren Absichten niedergehalten werden.